



Interviews

Datum: 28. August 2023

Friedbert Meurer im Gespräch mit Achim Post

Friedbert Meurer: Die Grünen machen eine Klausur in Berlin und die SPD in Wiesbaden. An dieser Klausur nimmt auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD teil, Achim Post, der am Samstag auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD zum neuen Landesvorsitzenden gewählt worden ist, gemeinsam mit Sarah Philipp. – Guten Morgen, Herr Post, und erst mal Glückwunsch zur Wahl am Samstag.

Achim Post: Ja! Schönen guten Morgen und besten Dank für die Glückwünsche.

Meurer: Ich frage mal neugierig, Herr Post. Wissen Sie schon was, wie die Einigung aussieht bei der Kindergrundsicherung und beim Wachstumsgesetz?

Post: Nein. Ich weiß, dass es eine Einigung gibt, genau wie Sie, und da es Eckpunkte sind, warten wir jetzt erst mal ab, wie die aussehen. Sie haben ja gerade gesagt, wir haben eine Klausurtagung, an der auch der Kanzler teilnimmt. Wir gehen mal davon aus, dass dann ein ordentlicher Bericht erfolgt. Als Haushälter weiß ich: Das Beste ist, wenn man dann sieht, wie so ein Gesetz nachher richtig in Buchstaben gegossen ist.

Meurer: Wie erleichtert sind Sie darüber, dass es diese Einigung auf Eckpunkte gibt?

Post: Ich finde es gut, dass es diese Einigung gibt. Ich habe auf dem Parteitag, den Sie gerade angesprochen haben, am Wochenende in Münster mit dem klaren deutschen Hauptsatz „die Kindergrundsicherung kommt“ eine Vorlage gegeben und jetzt kommt sie. Darüber bin ich sehr zufrieden.

Meurer: Ihre Position ist genau wie die der Grünen?

Post: Unsere Position ist so, dass wir schon lange gesagt haben, dass wir eine Kindergrundsicherung brauchen. Da sind Grüne und Sozialdemokraten durchaus nah beieinander. Wenn Herr Lindner jetzt auch den finanziellen und haushaltsrechtlichen Rahmen dafür mitträgt, ist das wunderbar.

Meurer: Dieser Landesparteitag am Samstag – die SPD will das Comeback in Nordrhein-Westfalen einleiten. Es gab mal Zeiten: Johannes Rau 50 Prozent der SPD, jetzt wieder die Landtagswahl verloren letztes Jahr, Umfragen 20 bis 22 Prozent. Sie wollen an die Probleme der Menschen heran, haben Sie am Samstag gesagt. Viele haben nicht mehr gewählt. – Meinen Sie, dass man mit dem Thema Kindergrundsicherung für finanzschwache Familien die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler erreicht?

Post: Ja, man braucht nicht nur ein Thema, egal wie wichtig es ist, sondern mehrere. Die habe ich angesprochen, die hat der Parteitag angesprochen. Diese Themen sind erstens, wir müssen mehr tun für eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik, weil wir unter wirklich großem internationalen Druck sind. Da müssen wir liefern.

Das zweite ist, wir brauchen einen funktionierenden Sozialstaat. Und das dritte ist, wir müssen auch für eine faire Finanzierung sorgen.

Meurer: Industriepolitik – damit meinen Sie den subventionierten Strompreis für die Industrie. Sie wollen ihn, der Bundeskanzler nicht. Werden Sie ihn heute bearbeiten?

Post: Das wissen wir noch nicht genau, wie da die Gefechtslage insgesamt ist.

Meurer: Er hat schon ziemlich deutlich gesagt, dass er da keine Subventionierung will. Dafür sind keine Steuergelder da.

Post: Ich habe mit dem Bundeskanzler über diese Frage auch häufig geredet. Wir sind uns völlig einig, dass wir keine Dauersubventionierung wollen, und jetzt geht es um die Frage, was machen wir in der Zwischenzeit, bevor genug erneuerbare Energien zur Verfügung stehen - das ist ja noch nicht der Fall -, um die Wettbewerbsfähigkeit und Planungssicherheit für Betriebe und Beschäftigte zu erhöhen. Da bin ich sicher, dass es auch da bald eine gute Lösung geben wird.

Meurer: Ich sage mal „aha“, der Kompromiss ist, für ein paar Jahre kommt der Industriestrompreis.

Post: Das weiß ich noch nicht, was am Schluss dabei rauskommt. Ich bin dafür, dass er übergangsweise kommt und nicht als Dauersubvention. Wenn man das übergangsweise macht, dann schafft man relativ zügig für den Industriestandort Deutschland, für die vielen Beschäftigten und Betriebe, gerade die energieintensiven Industrien in Deutschland Planungssicherheit, denn wir wollen ja alle, dass die hier bleiben bei uns und nicht abwandern.

Meurer: Aber schaffen Sie nicht eine Ungerechtigkeit? Andere, die kleinen Unternehmen und Betriebe, müssen den teuren Strom bezahlen und die großen kriegen den billigen Strom?

Post: Na ja, da sind wir jetzt nicht mehr bei Eckpunkten, bei der Frage Industriestrompreis, sondern wir reden darüber, wie es generell aussehen soll. Wir werden ein Papier wahrscheinlich beschließen als Fraktion in diesen Tagen auf dieser Klausurtagung in Wiesbaden, wo wir ausdrücklich sagen werden, dass es keine Begrenzung hinsichtlich des jährlichen Mindeststromverbrauchs gibt. Wir sind völlig offen für die Unterstützung kleinerer, mittlerer und größerer Betriebe. Das geht auf keinen Fall nur für die großen.

Meurer: Was meinen Sie mit Begrenzung des jährlichen Strompreises?

Post: Man muss ja nachher festlegen, wer ist berechtigt, diesen Übergangsstrompreis zu erhalten.

Meurer: Vermutlich nicht die kleine Bäckerei um die Ecke.

Post: Das ist offen. Wir sagen bisher noch, das legen wir noch fest, weil wir wollen einen Industriestrompreis, der mittelstandsfreundlich ist und auch bürokratiefeindlich.

Meurer: Reden wir, Herr Post, über die nordrhein-westfälische SPD. Die war mal der Stolz der Sozialdemokratie, Herzkammer zwischen Rhein und Ruhr. Und jetzt 20 Prozent. Jetzt sage ich mal, Herr Post: Wir beide sind gleich alt. Sie sind 63, ich auch. Stehen Sie für Aufbruch?

Post: Ich bin 64 sogar und meine Partnerin in der Führung der nordrhein-westfälischen SPD ist 40, Sarah Philipp aus Duisburg. Sie haben auf dem Parteitag, wenn Sie den verfolgt haben, gemerkt, da ist was passiert. Wir haben selber genug Informationen, genug Wissen darüber, dass die letzten Landtagswahlen gar nicht gut waren. Die Bundestagswahlen davor waren sehr gut. Das heißt, das Potenzial in Nordrhein-Westfalen für die SPD ist weiter da. Deswegen müssen wir uns einigen.

Wir haben uns geeinigt auf dem Parteitag. Die Ergebnisse sind alle sehr, sehr gut. Und wir wissen, dass wir nur mit Geschlossenheit und Entschlossenheit wieder nach oben kommen.

Meurer: Sie haben sich vorher im Hinterzimmer geeinigt. So sagt das die FAZ. Keine Urwahl, sondern das wurde ausgekungelt und dann abgenickt vom Landesparteitag. Ist das Aufbruch?

Post: Sagen wir so: Das ist eine interessante Interpretation. Die SPD gibt es seit 160 Jahren. Man kann als demokratisches Element auch eine Urwahl machen. Man kann es aber auch so machen, wie wir es gemacht haben. Wir haben einen langen Prozess gehabt, sehr lang, monatelang, und haben gesagt, die Gremien sollen das entscheiden, der Landesvorstand, der Landesparteirat, das Präsidium, jetzt ein Parteitag mit sehr, sehr großer Mehrheit. Wir haben Ergebnisse im Bereich End80er, Anfang90er Prozent. Das sind wirklich überzeugende Daten. Das hat mit Hinterzimmer wenig zu tun. Das war ein ganz offener, transparenter Vorgang.

Meurer: Wenn man sich die Führung jetzt anschaut, Herr Post: Sie, Frau Philipp, zwei Vorsitzende. Fraktionsvorsitzender Jochen Ott. Das macht schon mal drei, ein bisschen unübersichtlich an der Spitze der NRW-SPD, oder?

Post: Normalerweise gibt es einen Fraktionsvorsitzenden oder eine Fraktionsvorsitzende. Den gibt es jetzt wieder mit Jochen Ott, ein guter Mann, ein wirklich guter Fraktionsvorsitzender aus Köln. Und wir machen zum ersten Mal – da haben Sie recht – in Nordrhein-Westfalen eine Doppelspitze. Ich selbst bin auch zum ersten Mal an einer Doppelspitze beteiligt. Das ist keine Grundsatzfrage, sondern eine ganz praktische. Das macht in diesem Fall Sinn. Sarah Philipp ist aus einer großen Stadt, aus Duisburg, ich komme aus dem ländlichen Raum, aus Ostwestfalen. Sie ist Abgeordnete im Landtag, ich bin Abgeordneter im Bundestag. Zusammen passt das super.

Meurer: Sie wollen für frischen Wind in Nordrhein-Westfalen sorgen. Da Sie stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD sind: Wird man sich bei der Klausur heute vornehmen, dass die SPD sichtbarer wird und nicht nur alle von den Grünen und der FDP reden?

Post: Wir sind die größte Regierungspartei und Sie haben gerade völlig zurecht beschrieben, dass es in der Ampel häufig zu lange Auseinandersetzungen gegeben hat. Am Schluss haben wir uns immer geeinigt, beim Heizungsgesetz, jetzt bei der Kindergrundsicherung. Wir als große Fraktion sind sichtbar. Aber es ist völlig klar: Wir wollen uns weiter verbessern und noch sichtbarer werden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.